

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher - Gesamtnummer: 25 241.
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung (im Monat 1.20 Mark, Postbezugspreis für Monat April 3 Mark ohne Postzustellungsgebühren, Einzelnummer 18 Pfennig).
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 180 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg., Ausom. Aufträge gegen Vorzuschnitt.

Schriftleitung und Druckerei: Albertstr. 10-12.
Druck u. Verlag von Joseph & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit beifolgender Quittungsbek. - Dresden-Nord - vielfältige Unternehm. Schriftführer werden nicht aufgenommen.

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Limbäcker

Fernsprecher 13777
Johann-Georgen-Allee 8

Bertiefung der deutsch-russischen Freundschaft

Deutschlands Neutralität in einem Entente-Konflikt mit den Sowjets gesichert.

Reichsregierung gegen Volkseinführung. — Mussolinis koloniale Ansprüche. — Die Rißverhandlungen auf dem toten Punkt.

Der Rußlandvertrag unterzeichnet.

Berlin, 24. April. Wie die L.-N. erfährt, ist der deutsch-russische Vertrag am Sonnabendnachmittag gegen 2 Uhr im Auswärtigen Amt durch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den russischen Vizekonsul Arestowski unterzeichnet worden. Vor der Unterzeichnung hatte der Reichsaußenminister die Vertreter der Regierungsparteien sowie der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten empfangen, um sie über den Vertrag zu unterrichten.

Die Grundzüge des Vertrages.

Berlin, 26. April. Wie der „Volk-Anzeiger“ von parlamentarischer Seite erfährt, enthält das eigentliche Dokument über den deutsch-russischen Vertrag vier Bestimmungen.
1. Hierauf sich beide Vertragsteile Neutralität für jeden Angriff zu, der nicht von einer der beiden Parteien herbeigeführt ist;
2. wird vereinbart, daß Deutschland, entsprechend seiner bereits in den Locarno-Verträgen festgelegten Auffassung, an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes gegen Rußland sich nicht beteiligen will, wenn der deutsche Vertreter einem solchen Beschlusse des Völkerbundes nicht zugestimmt hat;
3. wird das bereits im Rapallo-Vertrage vereinbarte deutsch-russische Freundschaftsverhältnis bekräftigt durch Förderung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, und
4. ist für etwaige Streitfragen, die sich für den Vertrag, besonders aus Deutschlands Bindung in Bezug auf Locarno und Genf, ergeben könnten, die Anrufung einer Schiedsinstanz vereinbart.
In der Anlage werden die einzelnen Vertragsbestimmungen erläutert. Wie der „L.-N.“ weiter hört, hatten sich die Verhandlungen über diese Punkte und ihre notwendige Anpassung an die Artikel 16 und 12 der Völkerbundsstatuten außerordentlich schwierig gestaltet. Eine Einigung konnte erst nach dem auf der Basis erreicht werden, daß die endgültige Entscheidung jeweils von Fall zu Fall getroffen werden könnte. Im übrigen soll der Vertrag beim Völkerbundssekretariat in Genf hinterlegt werden.

Litwinow über die Richtlinien der Sowjelpolitik.

Berlin, 25. April. In der heutigen Schlußsitzung des Neutralitätskomitees, der auch der deutsche Vizekonsul Graf Brockdorff-Rausau beiwohnte, gab Litwinow den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages bekannt und erklärte:
Der Vertrag enthält keine geheimen Klauseln, und es bestehen keine ergänzenden geheimen Protokolle. Er stellt lediglich eine Präzisierung des Vertrages von Rapallo dar.
Die Verantwortung der Frage, ob der Berliner Vertrag im Widerspruch zum Geiste von Locarno stehe, hängt davon ab, welchen Zweck man mit Locarno verfolgt. Wird mit Locarno die Befriedigung Europas erstrebt, so müßte jedermann den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages auswärme begrüßen. Wenn aber Locarno den Zweck verfolgt, einen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen, so widerspricht der heute in Berlin unterzeichnete Vertrag einem solchen Geiste von Locarno.
Die Gewährung eines Kredites von 300 Millionen RM. von Deutschland an Rußland ist ein günstiges Zeichen für die Festigung der Zusammenarbeit beider Länder. Die hohen Forderungen der deutschen Banken haben bisher eine Realisierung dieses Kredites noch nicht ermöglicht. Die Interessen deutschen Wirtschaftskreise mögen berücksichtigen, daß wir nicht beliebige Kredite suchen, sondern vorteilhafte Kredite. Litwinow sprach dann von den sowjetrussischen Beziehungen zu anderen Ländern und betonte das Erhalten der Tendenzen zugunsten einer Verständigung mit Rußland in den Vereinigten Staaten. Die Beziehungen zu Rußland seien leider unverändert, doch wiesen einige offizielle Erklärungen Symptome einer gewissen für die Sowjetunion günstigen Wendung auf. Leider verhinderten innere wie fremde Einflüsse die politische und wirtschaftliche Verständigung mit Polen. Von russischer Seite unternommene Verständigungsversuche scheiterten. Ohne jemals tiefste Sympathie für die nationalrevolutionäre Bewegung in China verheimlicht zu haben, enthalte sich die Sowjetunion, entgegen tendenziösen Behauptungen, aus ährengehegter Einnischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Japan bilden eine der Hauptaufgaben der Außenpolitik der Sowjetunion.

Das Echo in Paris.

Paris, 25. April. Die Nachricht von der Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens wird von den meisten Blättern nur angeklagt. Nur wenige nehmen vor Kenntnisnahme des Textes des Vertrages Stellung hierzu. „Deuxième“ schreibt: Unsere Verabredung sind die Abkommen von Locarno, die Deutschland, wenn es die Abkommen nicht null und nichtig machen will, verpflichtet, in den Völkerbund einzutreten. Das hat uns zu dem Vertrag vom 16. Oktober geführt. Das überzeugt uns, daß Deutschland nicht mehr das Recht und auch keine Gründe mehr hat, sich Offensivbündnissen anzuschließen gegen den europäischen Kontinent. Jetzt versteht man auch, was Briand sagen wollte, als er erklärte: Wenn wir nicht die Abkommen von Locarno geschlossen hätten, hätten sich in Kürze gefährliche Allianzen gegen uns gebildet. Dank Locarno kann das neue Rapallo nicht das Gift enthalten, das in dem alten Rapallo enthalten war. — „Echo de Paris“ schreibt: Wenn sich auch der Wortlaut des Vertrages mit den Bestimmungen von Genf und Locarno deckt, so bleibt doch bestehen, daß Deutschland sich zwar scheinbar an die Verpflichtungen der Locarno-Verträge und des Völkerbundes nicht halten, zugleich aber innerhalb des Völkerbundes jede Anwendung dieser Bestimmungen unzulässig machen kann. Wenn Sowjetrußland Polen angriff, so kann Deutschland als Mitglied des Völkerbundes erklären: Der Fall Polens ist zweifelhaft. Es besteht keine Verantwortung, mit Gewalt gegen Moskau vorzugehen. — „Gaulois“ vertritt den Standpunkt, daß Deutschland Genf den Rücken kehren will.

Der bayrische Ministerpräsident gegen die Völkerbundspolitik.

Regensburg, 24. April. Gelegentlich der in Regensburg stattfindenden Tagung des Landesverbandes der Bayerischen Volkspartei sprach Ministerpräsident Dr. Held u. a. über die allgemeinen Probleme der deutschen Außenpolitik. Dabei sagte Dr. Held: „Ich kann

nicht behaupten, daß wir eine besonders glückliche Hand gehabt haben. Ich bin nicht der Auffassung, als ob nur über England unser Heil zu finden wäre. Der Sicherheitspakt ist im letzten Grunde nichts anderes, als eine Sicherung der europäischen Politik.

Was wir bisher von Locarno erlebt haben, ist nur eine Kette von Enttäuschungen; das gilt besonders für unsere Pfalz, wo die Dinge eher noch schlechter geworden sind, als sie es schon waren. Der Völkerbund ist nichts anderes als ein Instrument der Siegerstaaten, um uns an die Wand zu drücken. Deutschland kann sich außerhalb des Völkerbundes viel stärker geltend machen, als es im Völkerbund möglich ist. Es ist eine Frage für sich, in die Völkerbundskommission hineinzugehen, ohne zu wissen, welche Kompetenzen diese Kommission hat. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn Deutschland nur Völkerbundpolitik treiben wollte, aus der Stimmung heraus, die uns heute beherrscht gegenüber der Sowjetpolitik. Ich glaube, daß das Rußland von heute nicht das Rußland der Zukunft sein wird.

In der Frage der Fürstenaufhebung, erklärte der Ministerpräsident, glaube man anscheinend, Seiten gegenüber, die einem mißliebige sind, das Recht mit Füßen treten zu können. Ich bin weit davon entfernt, sagte Dr. Held, im einzelnen zu vertreten, was einzelne Vertreter der Fürstenaufhebung getan haben, aber die Grenze zwischen dem, was Privatigentum und öffentlich-rechtliches Eigentum ist, muß klar gezogen werden. Wenn diese Grenze überschritten wird, gibt es ein Chaos in unserem Rechtsleben.

Zur Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern betonte Ministerpräsident Dr. Held: Die Einheit des Reiches wollen wir unter allen Umständen, aber dazu braucht man kein Einheitsreich, das alle Staaten verschlingt und in dem nur ein entscheidender Wille für alle Fragen maßgebend ist.

Berlin, 24. April. Gesandter Dr. Marckwald ist zum Gesandten des Deutschen Reiches in Bolivien ernannt worden. Er ist aus der preussischen Verwaltung hervorgegangen und 1906 als Regierungsdirektor in den auswärtigen Dienst übernommen worden.

Deutschnationale Abfrage an Stresemann.

Graf Westarp gegen Beteiligung am jetzigen Kabinett.

Berlin, 25. April. Anlässlich des Landesparteitags der Deutschnationalen besuchte sich Graf Westarp, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, in eingehenden Ausführungen mit der gegenwärtigen politischen Lage und der Stellungnahme der Deutschnationalen zu dieser.

„Wir wollen uns, so führte Graf Westarp aus, mit dem der Größe und Bedeutung der Partei entsprechenden Einfluß den unmittelfachen Anteil an den Regierungsgeschäften erlangen. Wir sind uns bei der furchtbaren Wirtschaftskrise der Zeit, namentlich angesichts des Zusammenbruchs der Landwirtschaft der dringenden Aufgabe bewußt, die in unserer Partei vorhandenen Kräfte zur Abhilfe nutzbar zu machen. Die Verantwortung für unsere jetzige Ausrichtung haben nicht wir, sondern diejenigen, die in Locarno, London und Genf jene Außenpolitik geführt haben, die im Widerspruch zu den mit uns vereinbarten gemeinsamen Grundlinien stand und von der sie stets von Anfang an klar und deutlich unterrichtet waren, daß wir sie nicht mitmachen könnten.“

Unser Ziel kann nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung erreicht werden.

wie er von manchen Seiten im Anschluß an die Rede des Herrn Dr. Stresemann in Stuttgart erörtert wird, in der dieser sich damit einverstanden erklärte, daß die Front der jetzigen Minderheitsregierung durch uns erweitert werde. Die jetzigen Regierungsparteien werden gar nicht gewillt sein, ihnen zugewiesene Ministerposten zu abzutreten.“

Die jetzigen Regierungsparteien werden gar nicht gewillt sein, diesen zugewiesenen Ministerposten an uns abzutreten. Auch eine Unterstützung der jetzigen Regierung, die es ihr ermöglicht, außenpolitisch mit den Sozialdemokraten und innenpolitisch in diesem oder jenem Falle mit uns zu regieren, führt nicht zum Ziele.

In der Außenpolitik hatten wir an der Opposition fest um so mehr, als die Wirtschaftskrise und die Dareden ohne fruchtvolle Außenpolitik gar nicht wirksam bekämpft werden können. Die von Dr. Stresemann in Stuttgart ausgesprochene Aufforderung, daß wir uns bereit erklären sollen, die Außenpolitik des Kabinetts „loyal und ehrlich“ unterstützen und

tragen zu wollen“, entspricht nicht der Sachlage und ist unmöglich. Loyales und ehrliches Verhalten in der Regierung, wie in der Opposition, ist für uns selbstverständlich. Man fordert es nicht ausdrücklich, wenn man sich einigen will. Die Gründe aber, aus denen wir noch vor kurzem gegen die Politik von Genf gekämpft und die Zurücknahme des Antrags auf Eintritt in den Völkerbund gefordert haben, sind inzwischen nicht beseitigt, sondern verstärkt worden, was man an die Besatzungsfrage, oder an die Militärkontrollen, an Chamberlains Ablehnung jeder Fortführung der Besatzungsfragen, oder an die fortgesetzten Bemühungen des Deutschlands Ausnahme in den Völkerbundsrat durch dessen Erweiterung zu entnehmen.

Der jetzt bekannt gewordene deutsch-russische Neutralitätsvertrag ändert an unserer Politik nichts.

Von mir in der Presse irrtümlich berichtete Äußerungen entgegengefügten Inhalts habe ich nicht gemacht. Wir werden auf Klarheit dringen, ob durch diesen Vertrag die deutsche Handlungsfreiheit gegenüber dem Artikel 16 des Völkerbundsstatuts gewahrt ist. Auch wenn das der Fall sein sollte, wird damit vielleicht ein einziger, aber keineswegs der einzige Grund unseres Widerstandes gegen die Völkerbundspolitik der Herren Luther und Stresemann fortgefallen sein. In den

Verhandlungen über das Fürstenaufhebung

hat die Regierung sich schiefgefahren. Die für die Verfassungsänderung nötige Mehrheit ist ja auf keinen Fall zu erreichen, da weder die Deutschnationalen noch die Sozialdemokraten allein genügen und ein Zusatz gleichzeitig aus beiden Lagern natürlich ausgeschlossen ist. Bei den Verhandlungen über dieses Kompromiß, das die Demokraten aus parteipolitischen Angetrieben haben, werden wir uns nicht durch die Fesseln des Volkseinführers von unseren Grundlinien abbringen lassen. Die Volksabstimmung wird, gleichviel ob das Kompromiß zustande kommt oder nicht, im Juni stattfinden. Der unerhörte lägerlichen und terroristischen Hege der vereinten Marxisten muß nun endlich eine

gründliche Aufklärung und Aufrechterhaltung entgegengesetzt werden. Wenn so das revolutionäre Treiben kein bedauerlicher Erfolg zum Entzweien einer nationalen Welle führt, so wird es mir eine besondere Genugtuung sein, daß es meine erste Aufgabe als Parteivorstand war, für diesen Kampf alle Mann an Bord zu rufen.